

Mehrheit ist für Immobilienerwerb

Lange Straße 12 bis 16: Warum sich CDU, SPD, WG und FDP einen Kauf der Gebäude durch die Stadt vorstellen können

VON SEBASTIAN SCHWAKE

NIENBURG. Die Stadt Nienburg soll beim Zwangsversteigerungstermin der Gebäude Lange Straße 12 bis 16 in der Innenstadt mitbieten. Das wird aus einer Umfrage bei den Fraktionsvorsitzenden und ihren Stellvertretern deutlich. Die Mehrheit des Stadtrates will der Verwaltung am 27. August in der Sondersitzung des Stadtrates für einen Kauf einen politischen Auftrag geben.

Hans-Peter Rübenack (CDU): „Wir sollten sehr, sehr gut prüfen, ob wir das machen. Ein Ankauf der Immobilien macht aber Sinn.“

Es geht um die Belegung der südlichen Langen Straße. Es wäre gut, wenn die Stadt die Hand auf

diesen Häusern hat. Es geht nicht nur um die Bibliothek, wir können uns dort auch städtische Büros vorstellen. Mit diesen Häusern hat die Stadt ein Steuerungselement in der Hand und kann selbst entscheiden, wie die Immobilien dort entwickelt werden.“

Klaas Warnecke (SPD): „Aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion wäre der Erwerb der Immobilie Lange Straße 12-16 die große Chance für die Stadt, die südliche Lange Straße wieder mit Leben zu füllen. Um diesen Bereich der Innenstadt aufzuwerten, wurde während der Altstadtsanierung und des Rathausneubaus dieses Objekt erstellt. Spender haben mit dem Spargelbrunnen einen Anziehungspunkt geschaffen. Später hat der Rat den Bau des großen Gebäudes an der Sackstraße ermöglicht, der die Bildung von zwei Plätzen rund um das Objekt an der Langen Straße zur Folge hatte. Es ist eine tolle Lage im Süden der Altstadt entstanden, die nicht nur während des Wochenmarktes zum Verweilen sein sollte. Bedingt durch den langen Leerstand, aber auch andere Objekte, ist die südliche Lange Straße abgehängt worden. Dies muss sich ändern, da hier auch die Nähe zur Weser, zum Meerbach und vielen kulturellen



Die Stadt sollte nach dem Wunsch der politischen Mehrheit die Häuser Lange Straße 12 bis 16 (links) erwerben.

FOTO: SCHWAKE

Einrichtungen eine Verbesserung erfordert. Daher ist die Schaffung von Büros der falsche Weg. Am besten wäre es, wenn ein neues Lokal oder ein Einzelhändler sich hier ansiedeln würde. Wer dies dann ist und auch zur Vermeidung künftiger Leerstände, wollen wir erreichen, dass die Stadt selber das Objekt steuern kann. Dafür müssen wir es ersteigern. Aufgrund dieser Möglichkeiten, mit denen die südliche Lange Straße wieder lebendiger werden kann, befürworten wir den Erwerb.“



Klaas Warnecke

Peter Schmithüsen (Grüne): „Nach unserer Auffassung sollte die Stadt die Immobilie nicht kaufen. Es ist nicht gut und vermutlich sogar fahrlässig, wenn sich eine Kommune derart überhastet in Immobiliengeschäfte stürzt. Wir haben den Kauf der Langen Straße 31-33 noch nicht richtig verdaut und sind damit noch nicht richtig durch – und schon wollen sich einige Ratsmitglieder ins nächste Abenteuer begeben. Die Fakten sind klar: 1. Es gibt keinen politischen Beschluss oder

abgestimmten Plan, wofür die Stadt den Gebäudekomplex verwenden soll. 2. Wir haben auch keine entsprechenden Mittel für den Kauf im städtischen Haushalt eingeplant. 3. Es gibt derzeit keine akute Raumnöte in der Verwaltung der Stadt, die rechtfertigt, sich in eine komplizierte Eigentümergemeinschaft zu begeben. 4. Es ist nicht Aufgabe der Kommune, derart massiv in die marktwirtschaftlichen Mechanismen der Immobiliengeschäfte in der Innenstadt einzugreifen. Wenn es tatsächlich Interessenten gibt, die dort Gastronomie oder Ladengeschäfte eröffnen wollen, sollten wir dies immer bevorzugt befördern und nicht eingreifen. Das Objekt wird mindestens eine Million Euro kosten. Dieses Geld, das wir eigentlich gar nicht in der Stadtkasse haben, sollte dann lieber in den Erhalt des Posthofs oder andere Innenstadtentwicklungsprojekte gesteckt werden.“

Heiner Werner (FDP): „Ja, die Stadt sollte an der Versteigerung teilnehmen. Die Lage

in der Nähe des Rathauses ist optimal, und durch eine Steuerung durch die Stadt könnte die südliche Lange Straße aufgewertet werden. Der Verkehrswert ist relativ günstig für die Fläche der Immobilie. Allerdings sollte die Stadt nicht unbegrenzt mitbieten. Es ist auf ein vernünftiges Kosten-/Nutzen-Verhältnis zu achten.“

Viktoria Kretschmer (Die Linke): „Es ist gut, dass wir darüber diskutieren. Derzeit gibt es viele Ideen, aber ob die alle umsetzbar sind? Das Gebäude steht seit Langem leer, und wir wissen nicht um seinen Zustand. Und es reicht auch nicht, das Haus nur zu ersteigern. Wir brauchen auch Geld für die Sanierung oder den Umbau. Wir haben aber kein Geld im Haushalt – weder für den Kauf noch für die Sanierung. Sicherlich ist es gut, wenn

die Stadt Immobilien in der Innenstadt hat. Dann kann sie als Eigentümerin auch die Steuerung übernehmen. Das Problem aber ist: Wir haben kein Konzept für die Nutzung der Immobilie. Das wäre der erste Schritt, der zweite dann der Kauf. Vielleicht legt die Verwaltung ja bis zum Zwangsversteigerungstermin noch ein Konzept vor.“

Frank Podelh (WG): „Die Stadt sollte auf jeden Fall bis zu einem bestimmten Preis mitbieten. Der Verkehrswert ist ein netter Quadratmeterpreis für solch eine Immobilie in dieser Lage. Wenn die Stadt die Häuser kauft, hat sie es selbst in der Hand, was dorthin kommt und die Chance, die südliche Lange Straße aufzuwerten. Es gibt mehrere Optionen, wie die Immobilien genutzt werden können: als Bibliothek, für Gastronomie oder als Büroflächen. Teile der Verwaltung sind im stark saniierungsbedürftigen Haus Lange Straße 17. Schließlich könnte die Stadt die Flächen auch vermieten. Interessenten gibt es ja.“

Frank Podelh

Frank Podelh

Frank Podelh

Frank Podelh



Heiner Werner



Peter Schmithüsen



Viktoria Kretschmer



Frank Podelh